

**Auswertung der Online-Beteiligung zur
Wiedereinführung der
Verfassten Studierendenschaft
in Baden-Württemberg**



April 2012



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

1. Einleitung

Die Landesregierung von Baden-Württemberg führt die Verfasste Studierendenschaft wieder ein. Damit erhalten die Studierenden im Südwesten der Republik eine organisierte Stimme in den Hochschulen.

Auf der Webseite www.wir-wollen-deinen-kopf.de wurde vom 24. Januar bis 3. März 2012 die erste Online-Beteiligung zu einem Gesetzgebungsverfahren der Landesregierung durchgeführt. Die Plattform lud alle Interessierten im Land ein, sich eine Meinung über studentische Mitbestimmung zu bilden, sich in verschiedenen Foren einzumischen und den Gesetzentwurf des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu kommentieren.

Das Portal bot Hintergrundinformationen über die Verfasste Studierendenschaft und stellte Thesen bezüglich studentischer Mitbestimmung zur Abstimmung. Videostatements der Ministerin und Studierender regten die Diskussion an. Aktuelle Meldungen wurden tagesaktuell eingestellt und registrierte Nutzer konnten einen Newsletter abonnieren, der wöchentlich über den Gesetzgebungsprozess berichtete. Begleitet wurde der Internetdialog durch eine PR-Kampagne, die mittels Plakaten und Postkarten alle baden-württembergischen Hochschulen erreichte. Postkarten wurden zudem in Kneipen und Kultureinrichtungen größerer Hochschulstädte verteilt. Auf den Monitoren von Mensen wurden die Kampagnenmotive gezeigt und Internetbanner haben auf zahlreichen Webseiten zu www.wir-wollen-deinen-kopf.de verlinkt.

Ziel der Landesregierung war es, frühzeitig in einen Dialog mit den Beteiligten – insbesondere den Studierenden und Hochschulen – zu treten, um die verschiedenen Vorstellungen und Bedürfnisse im Gesetzgebungsprozess berücksichtigen zu können. Dem gleichen Ansinnen dienten drei Gespräche mit Studierenden sowie Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulen, die zwischen November 2011 und Februar 2012 im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst stattfanden.

In den rund fünf Wochen, in denen die Foren der Beteiligungsplattform geöffnet waren, konnten über 48.000 Besucherinnen und Besucher verzeichnet werden. 190 registrierte User sowie zahlreiche Gastnutzerinnen und -nutzer schrieben insgesamt 508 Beiträge und haben mehr als 4.400 Bewertungen anderer Statements abgegeben.

In diesem Abschlussbericht finden Sie eine qualitative und quantitative Auswertung der Online-Beteiligung. Dabei ist zu beachten, dass der Bericht ein Stimmungsbild der Plattformnutzerinnen und -nutzer wiedergibt, das nicht repräsentativ für alle Studierenden Baden-Württembergs ist. Die Anregungen aus der Onlinediskussion fließen in die weitere Arbeit am Gesetz ein, ebenso wie die Beiträge der Verbandsanhörung, die vom 7. Februar bis zum 20. März dauerte.

Wir danken allen Studierenden, allen Bürgerinnen und Bürgern herzlich für die Teilnahme am ersten internetgestützten Gesetzgebungsverfahren in Baden-Württemberg.

Ihre

Theresia Bauer MdL

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

WIR WOLLEN DEINEN KOPF!

Worum geht es?

Die Diskussion

Startseite > Was geht es?

Worum geht es?

Die Landesregierung Baden-Württemberg führt die Verfasste Studierendenschaft per Gesetz wieder ein. Das ist im Jahr 1977 abgeschafft worden. Damit erhalten die Studierenden und Studenten eine starke Stimme als Teil der Hochschulpolitik – so wie in allen anderen Bundesländern. Bis auf Bayern, im Moment gibt es in Baden-Württemberg in Vorkursform organisierte Studierendenschaften, deren Rechte jedoch nicht gesetzlich verankert sind.

Was ist die Verfasste Studierendenschaft?

Jeder Student und jeder Studentin wird mit der Einschreibung automatisch Mitglied ihrer VS sein. Die Studierendenschaft als Gruppe werden als Studierendenschaft bezeichnet. Handelt es sich bei der Studierendenschaft um eine eigenständige öffentlich-rechtliche Körperschaft, deren Rechte und Pflichten im Gesetz geregelt sind, spricht man von der sogenannten Verfassten Studierendenschaft. Sie verfügt über eigene Satzungen.

Die Verfasste Studierendenschaft kann Beiträge von den Studierenden erheben und hat damit ein finanzielles Spektrum, als die besten in Vorkursform organisierten Verbänden. Zur Verfassten Studierendenschaft gehören in der Regel ein gewähltes Studierendenparlament und der von ihm ernannte Allgemeine Studierendenausschuss (ASA). Alternativ kann der ASA direkt gewählt werden. Die Mitglieder der Studierendenschaft, deren Mitglieder aus Vertretern und Vertretern der Fakultäten und der Hochschulen der Verfassten Studierendenschaft umfasst ein Zirkularkomitee.

Warum ist die Verfasste Studierendenschaft wichtig?

Studieren heißt nicht als Fachwissen erlernen. Studieren ist auch ein Stück des Lebens, das man mit anderen teilen kann. Dabei müssen Studierende vertreten dürfen, wenn es um ihre Hochschulpolitik geht, die sie unmittelbar betreffen. Die Verfasste Studierendenschaft vertritt die Studierenden eine wirksame Grundlage, ihre Anliegen durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter an die Hochschulen zu bringen.

Was sagen Studierende?



WIR WOLLEN DEINEN KOPF!

Worum geht es?

Die Diskussion

Eine starke Stimme für Studierende

Die Landesregierung von Baden-Württemberg führt die Verfasste Studierendenschaft per Gesetz wieder ein. Das ist im Jahr 1977 abgeschafft worden. Damit erhalten die Studierenden und Studenten eine starke Stimme als Teil der Hochschulpolitik – so wie in allen anderen Bundesländern. Bis auf Bayern, im Moment gibt es in Baden-Württemberg in Vorkursform organisierte Studierendenschaften, deren Rechte jedoch nicht gesetzlich verankert sind.



Baden-Württemberg führt Verfasste Studierendenschaft wieder ein

Die Landesregierung von Baden-Württemberg führt die Verfasste Studierendenschaft per Gesetz wieder ein. Das ist im Jahr 1977 abgeschafft worden. Damit erhalten die Studierenden und Studenten eine starke Stimme als Teil der Hochschulpolitik – so wie in allen anderen Bundesländern. Bis auf Bayern, im Moment gibt es in Baden-Württemberg in Vorkursform organisierte Studierendenschaften, deren Rechte jedoch nicht gesetzlich verankert sind.

WIR WOLLEN DEINEN KOPF!

Worum geht es?

Die Diskussion

Startseite > Die Diskussion

Das Forum.

AUFGABEN	ORGANISATION	BEGERSTERUNG
MITGLIEDERSCHAFT	FINANZEN	SONSTIGES

AUFGABEN

Die Verfasste Studierendenschaft wird in Baden-Württemberg per Gesetz wieder eingeführt. Sie soll die Studierenden bei der Hochschulpolitik vertreten und deren Interessen an der Hochschule vertreten. Oder gibt es in Baden-Württemberg eine öffentliche Stelle, die die Interessen der Studierenden vertritt?

Kann die Verfasste Studierendenschaft (Studienrat oder politischer Rat)? Gibt es ein Recht, das die Verfasste Studierendenschaft (Studienrat oder politischer Rat) an der Hochschule vertritt? Oder ist die politische Stellung der Studierenden, die die Interessen der Studierenden, die öffentliche Stellen für bessere Studienbedingungen?

Soll das Studierendensystem der VS Aufgaben verboten können?

Im Studierendensystem steht, dass Aufgaben, die nicht von der Studierendenschaft gemacht werden können, nur im Studierendensystem stehen. In der Begründung steht, dass die Verfasste Studierendenschaft die Aufgaben der Studierendenschaft übernehmen werden. In der Begründung steht, dass die Verfasste Studierendenschaft die Aufgaben der Studierendenschaft übernehmen werden. In der Begründung steht, dass die Verfasste Studierendenschaft die Aufgaben der Studierendenschaft übernehmen werden.

Aufgaben einer VS

Soll die Verfasste Studierendenschaft (Studienrat oder politischer Rat) an der Hochschule vertritt? Oder ist die politische Stellung der Studierenden, die die Interessen der Studierenden, die öffentliche Stellen für bessere Studienbedingungen?

Billing

Das einzige was ich momentan nicht so eigentlich das meiste Billing

Service und Studierendensysteme stärken

Die Verfasste Studierendenschaft (Studienrat oder politischer Rat) an der Hochschule vertritt? Oder ist die politische Stellung der Studierenden, die die Interessen der Studierenden, die öffentliche Stellen für bessere Studienbedingungen?

Vonrangiger Aufgabenbereich der VS

Die Verfasste Studierendenschaft (Studienrat oder politischer Rat) an der Hochschule vertritt? Oder ist die politische Stellung der Studierenden, die die Interessen der Studierenden, die öffentliche Stellen für bessere Studienbedingungen?

VERLAUF DER ONLINE-KONSULTATION

24. JANUAR 2012

Die Beteiligungsplattform zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft www.wir-wollen-deinen-kopf.de geht online. Mehr als 15.000 Besucherinnen und Besucher surfen in der ersten Woche auf die Website und schreiben 200 Kommentare und Beiträge.

07. FEBRUAR 2012

Der Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft wird eingestellt und kann kommentiert werden.

15. FEBRUAR 2012

Studentinnen und Studenten diskutieren und kommentieren insbesondere die im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen zu Aufgaben, Rolle und Finanzen der Studierendenschaft. Die Landesstudierendenvertretung hat auf der Seite einen eigenen Gesetzentwurf eingestellt. Gegner der Verfassten Studierendenschaft haben eine eigene Onlinekampagne gestartet.

21. FEBRUAR 2012

Das Interesse am Beteiligungsverfahren ist nach wie vor groß: Die Website hat täglich über 1.100 Besuche im Durchschnitt.

29. FEBRUAR 2012

Zeitgleich zur Online-Konsultation diskutieren Studierende mit Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulen im Wissenschaftsministerium über den Gesetzentwurf. Die ersten beiden Gespräche hatten im November und Dezember 2011 stattgefunden.

03. MÄRZ 2012

Online-Diskussion geschlossen: Über 48.000 Besucherinnen und Besucher schrieben insgesamt 508 Beiträge und gaben 4.400 Bewertungen ab. Nun beginnt die Auswertung, deren Ergebnisse in die Arbeit am Gesetz einfließen.

2. Statistik

Dieses Kapitel gibt einen quantitativen Überblick über die Nutzung der Beteiligungsplattform www.wir-wollen-deinen-kopf.de im Zeitraum der aktiven Online-Phase vom 24. Januar bis 03. März 2012. Das Forum wurde mit Ablauf dieses Zeitraums geschlossen. Interessierte können die Beiträge im Forum jedoch weiterhin lesen.

2.1. Zugriffszahlen

In den fünf Wochen der Beteiligungsphase konnten über 48.000 Besucherinnen und Besucher verzeichnet werden. 190 registrierte User sowie zahlreiche Gastnutzerinnen und -nutzer schrieben insgesamt 508 Beiträge und haben mehr als 4.400 Bewertungen anderer Statements abgegeben. Durchschnittlich wurden pro Besuch 4 bis 5 Seiten aufgerufen.

Registrierte Nutzerinnen und Nutzer bis Ende des Online-Dialogs:	190
Erstellte Beiträge insgesamt:	508
Wertungen insgesamt:	4 430
Besucherinnen und Besucher (Visits) bis Ende des Online-Dialogs:	48 812
Seitenaufrufe bis Ende des Online-Dialogs:	222 369

2.2. Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Eine Beteiligung war grundsätzlich auch ohne Registrierung möglich, trotzdem haben sich bis Ende des Online-Dialogs 190 Personen angemeldet. Der Newsletter wurde von 130 Personen abonniert. Die im Rahmen der Registrierung angegebenen Daten vermitteln ein Bild der Nutzerinnen und Nutzer der Plattform.

Studierende:	60%
Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter:	6%
Dozentinnen und Dozenten:	4%
Sonstige:	6%
Ohne Angaben:	24%

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stammten den eigenen Angaben zufolge von 27 Hochschulen aus Baden-Württemberg.

Universitäten:	46 %
Hochschulen für angewandte Wissenschaften:	13 %
Pädagogische Hochschulen:	9 %
Duale Hochschule Baden-Württemberg:	3 %
Kunsthochschulen:	1 %
Ohne Angaben:	28 %

2.3. Themen und Kommentare

Insgesamt wurden zu 101 thematischen Beiträgen 407 Kommentare geschrieben. Im Durchschnitt wurde also jeder Beitrag vier Mal kommentiert. Beiträge und Kommentare konnten von den Besucherinnen und Besuchern der Plattform jeweils positiv oder negativ bewertet werden.

Lediglich zwei der Beiträge mit der höchsten Aufmerksamkeit – also Beiträge mit den meisten Wertungen insgesamt (positiv und negativ) – finden sich auch unter den Beiträgen wieder, die am stärksten überwiegend positiv oder negativ bewertet wurden (positive/negative Top 5). Themen mit der größten Aufmerksamkeit wurden also am kontroversesten debattiert.

Die meiste Aufmerksamkeit zog das Thema „Zwangsbeiträge und Geldverschwendung“ auf sich. Darin wurde ein Beitrag von ZEIT Campus mit dem Titel „Die zehn größten Verschwendungen des Asta“ diskutiert.

Am positivsten wurde der Beitrag „Verschiedene Lösungen“ aufgenommen. Der Verfasser vertritt den Standpunkt, dass Organisationsmodelle für die Verfasste Studierendenschaft nur vor Ort von den Studierenden entschieden werden können und nicht im Gesetzentwurf festgelegt sein sollten.

Am negativsten wurde „Keine Allgemeinpolitik an Hochschulen!“ bewertet – ein Gastbeitrag, der sich gegen die Verfasste Studierendenschaft und gegen allgemeinpolitische Diskussionen an Hochschulen ausspricht.

Tabelle 1: Die Top 5 Themen hinsichtlich des Überhangs der positiven bzw. negativen Wertungen sowie hinsichtlich der Gesamtzahl aller Wertungen:

Top 5 Themen – Wertungen insgesamt (positive + negative Wertungen)	Top 5 Themen – positive Wertungen (positive - negative Wertungen)	Top 5 Themen – negative Wertungen (positive - negative Wertungen)
1. Zwangsbeiträge und Geld- verschwendung (128)	1. Verschiedene Lösungen (47)	1. Keine Allgemeinpolitik an Hochschulen! (-18)
2. Keine Allgemeinpolitik an Hochschulen! (112)	2. Neue Diskussionskultur (33)	2. Verfasste Studierendenschaft einführen? Jetzt abstimmen unter www.vs-ohne- mich.de (-18)
3. Jedes Semester muss jeder Student künftig einen Beitrag bezahlen (84)	3. Warum finanziell nicht weiter so? (23)	3. Keine Stärkung der Mitbestimmung (-17)
4. Keine Stärkung der Mitbestimmung (81)	4. Service und Studentenwerke stärken (18)	4. Aufgaben einer Verfassten Studierendenschaft (-16)
5. Das Konzept der Zwangsmittglied- schaft ist überholt und setzt falsche Anreize! (78)	5. Vertreter! (17) [Nutzerbeitrag, der die Notwendigkeit einer VS betont.]	5. Zwangsverfasste Studentenschaft mit Zwangsbeiträgen (-12)

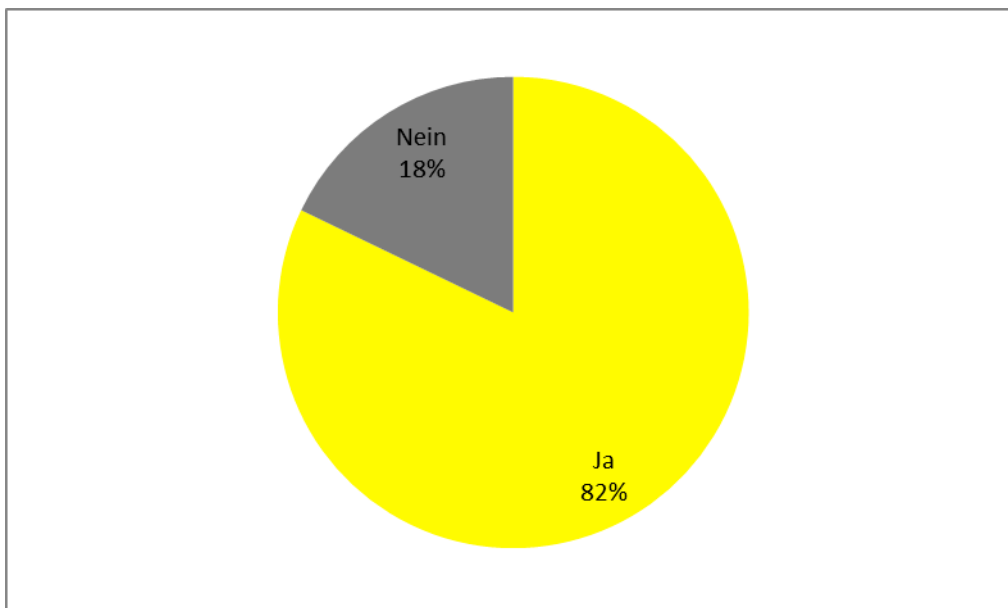
2.4. Umfragen

Zu unterschiedlichen Zeitpunkten während der Online-Beteiligungsphase wurden insgesamt sechs Umfragen durchgeführt. Mitmachen konnten nur registrierte Nutzerinnen und Nutzer, um Mehrfachteilnahmen auszuschließen. Es ist zu beachten, dass die Umfrageergebnisse nur ein Stimmungsbild widerspiegeln und nicht repräsentativ sind.

2.4.1. Yes, I can? Ich kann mir vorstellen, mich selbst zur Wahl zu stellen.

Bei dieser Umfrage wurde nach der Bereitschaft gefragt, sich selbst zur Wahl zu stellen, um die Studierendenschaft zu vertreten. Die Umfrage ergab, dass sich 82% der registrierten Plattformnutzerinnen und -nutzer dies vorstellen könnten. Nur 18% wären hierzu nicht bereit.

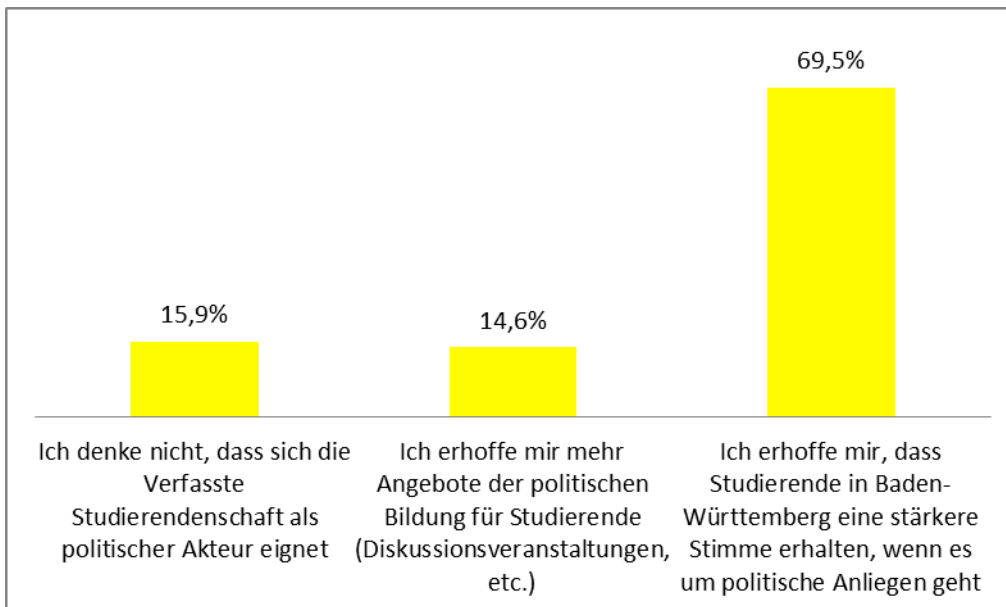
Abbildung 1: Ergebnis der Umfrage, ob Studierende sich selbst zur Wahl stellen würden.



2.4.2. Die Verfasste Studierendenschaft als politischer Akteur?

69,5% der Befragten erhoffen sich durch die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft eine stärkere Stimme, wenn es um politische Anliegen geht. Für sie ist die Verfasste Studierendenschaft in erster Linie ein politischer Akteur. 14,6% erwarten mehr Angebote politischer Bildung. 15,9% halten die Verfasste Studierendenschaft als politischen Akteur für ungeeignet.

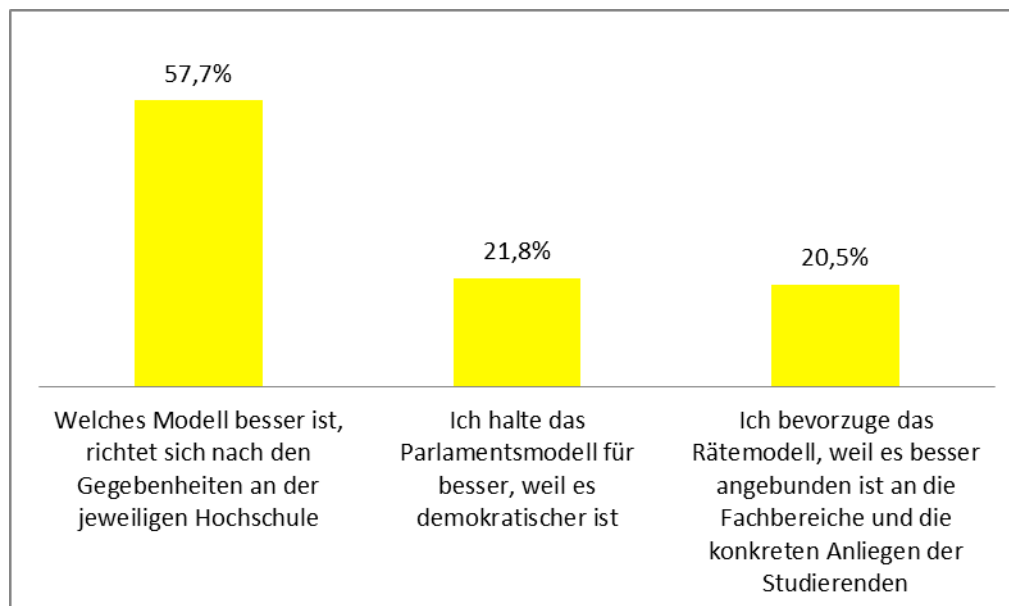
Abbildung 2: Ergebnis der Umfrage, ob die Verfasste Studierendenschaft ein politischer Akteur sein sollte.



2.4.3. Welche Form für die Verfasste Studierendenschaft?

In dieser Umfrage ging es um die favorisierte Organisationsform für die Verfasste Studierendenschaft. Die Präferenzen für das Parlamentsmodell (21,8%) und für das Rätemodell (20,5%) hielten sich die Waage. Die Mehrheit von 57,7% der Befragten hält es für sinnvoll, die Organisationsform den lokalen Gegebenheiten jeder Hochschule anzupassen und wollte sich deshalb nicht auf ein Modell festlegen.

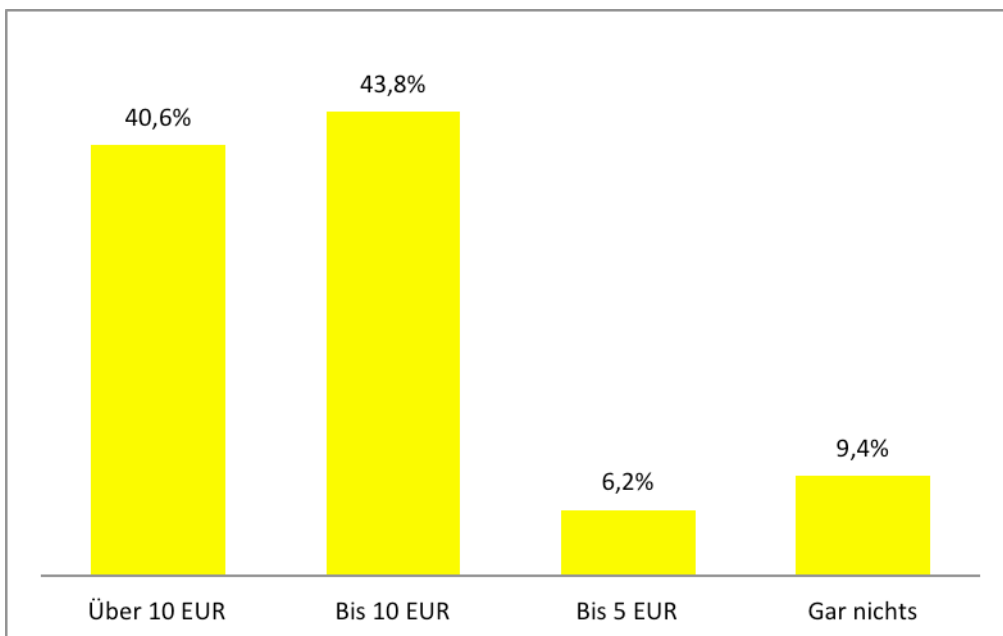
Abbildung 3: Ergebnis der Umfrage, welche Organisationsform für die Verfasste Studierendenschaft präferiert wird.



2.4.4. Für eine Verfasste Studierendenschaft würde ich im Semester zahlen...

Die Studierenden wurden gefragt, in welchem Umfang sie bereit sind, die Verfasste Studierendenschaft finanziell zu unterstützen. Nur 9,4% sind nicht bereit, sich finanziell an der Verfassten Studierendenschaft zu beteiligen. 6,2% wären mit einem kleinen Beitrag von bis zu 5 Euro pro Semester einverstanden. Der größte Anteil (43,8%) würde einen Beitrag bis zu 10 Euro aufbringen. 40,6% könnten sich einen Betrag von über 10 Euro vorstellen.

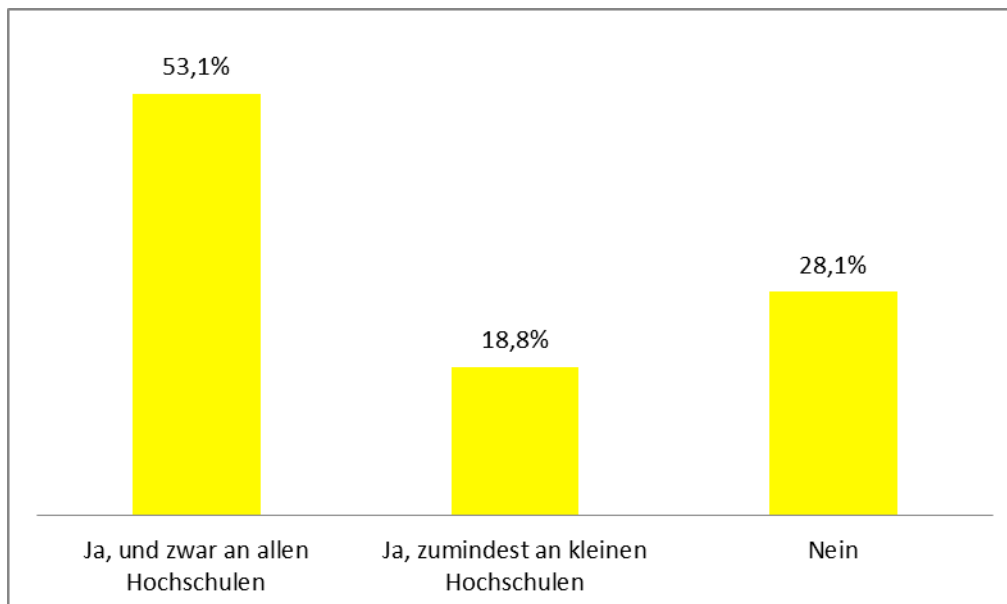
Abbildung 4: Ergebnis der Umfrage zur Bereitschaft, die Verfasste Studierendenschaft finanziell zu unterstützen.



2.4.5. Ich bin der Meinung, dass die Verfasste Studierendenschaft neben den Gebühren der Studierenden auch Geld durch die Hochschule erhalten sollte.

Ebenfalls zum Thema Finanzen wurde gefragt, ob die Verfasste Studierendenschaft neben den studentischen Beiträgen auch einen finanziellen Zuschuss von der Hochschule erhalten sollte. 53,1% sprachen sich für eine finanzielle Unterstützung durch alle Hochschulen aus. 18,8% sind für diesen Zuschuss zumindest bei kleinen Hochschulen, an denen geringere Mittel von Studierenden zur Verfügung stehen und 28,1% sind generell gegen eine finanzielle Unterstützung seitens der Hochschulen.

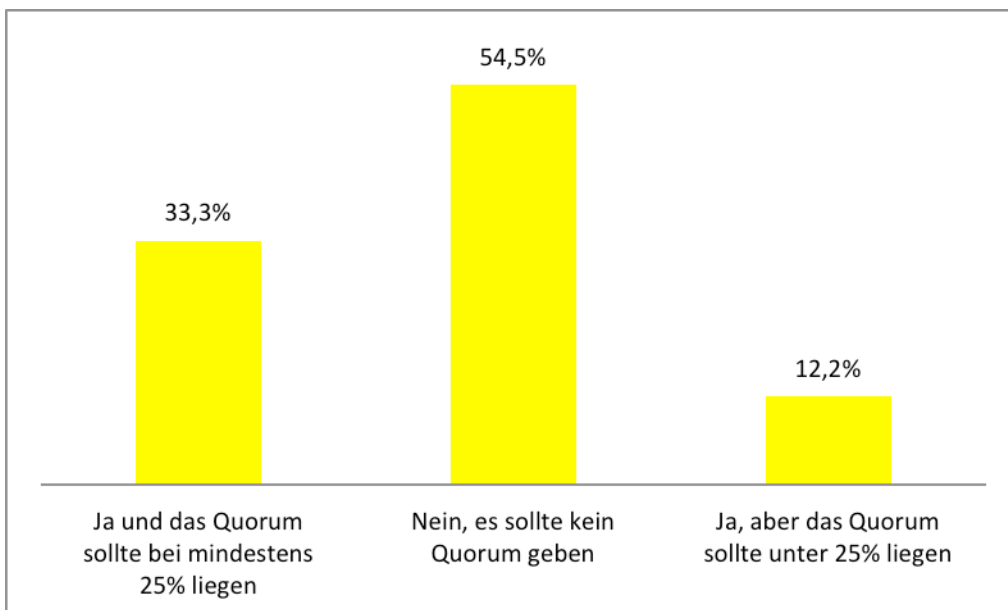
Abbildung 5: Ergebnis der Umfrage, ob Hochschulen sich an den Kosten der Verfassten Studierendenschaft beteiligen sollen.



2.4.6. Ich bin der Meinung, dass die Verfasste Studierendenschaft nur eingeführt werden soll, wenn sich eine Mindestzahl von Studierenden der jeweiligen Hochschule an der Abstimmung über die Satzung beteiligt (Quorum).

Einige Nutzerinnen und Nutzer plädierten im Forum für die Durchführung von Urabstimmungen über die Verfasste Studierendenschaft. In diesem Zusammenhang bestand außerdem die Frage, ob und in welcher Höhe ein Quorum sinnvoll wäre. Die Diskussion war Anlass genug, um mit einer Umfrage ein Meinungsbild zu erstellen. Das Ergebnis: Die Mehrheit (54,5%) der Nutzerinnen und Nutzer ist generell gegen ein Quorum. Etwa ein Drittel befürwortet ein Quorum von mindestens 25%. Weitere 12,2% sprachen sich für ein niedriges Quorum von unter 25% aus.

Abbildung 6: Ergebnis der Umfrage zum Thema "Quorum" bei Einführung der Verfassten Studierendenschaft.



3. Die Inhalte des Dialogs

In diesem Kapitel erhalten Sie eine Übersicht über alle Themen und Meinungen des Forums. Die Struktur des Kapitels orientiert sich grundsätzlich am Aufbau der Beteiligungsplattform – die Inhalte der einzelnen Beiträge wurden thematisch zusammengefasst und Kernaussagen gebildet. Ziel ist die Darstellung der Anregungen, Kontroversen und Einschätzungen, die sich im Forum abgebildet haben. Die Debatte im Forum kann nicht den Anspruch erheben, ein repräsentatives Bild der Meinung der Studierenden oder gar der Bevölkerung Baden-Württembergs widerzugeben.

3.1. Aufgaben und Mandat

3.1.1. Allgemeinpolitik – Verfasste Studierendenschaft – Hochschulpolitik

Ob sich die Organe der Verfassten Studierendenschaft mit allgemeinpolitischen Fragen befassen können sollen, führte zu einer der intensivsten Diskussionen. Viele Beiträge sprachen sich dafür aus, dass eine Verfasste Studierendenschaft zu allen Themen Position beziehen dürfen sollte. Als Argument für das allgemeinpolitische Mandat wurde unter anderem angegeben, dass bereits eine Abgrenzung zwischen Allgemeinpolitik und Hochschulpolitik Schwierigkeiten bereitet und so Grauzonen entstünden, die womöglich auch juristische Auseinandersetzungen nach sich ziehen. Beispiel: Darf sich eine Verfasste Studierendenschaft zum Wohnraumangebot in Stuttgart äußern, da dieses auch Auswirkungen auf die Wohnsituation der Studierenden hat? Als Argument gegen ein allgemeinpolitisches Mandat wurde häufig angeführt, dass bei einer voraussichtlich geringen Wahlbeteiligung kaum Legitimation gegeben sei, um allgemeinpolitische Aussagen treffen zu dürfen.

Die Verfasste Studierendenschaft sollte sich nach Ansicht einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Praxis auf die Hochschulpolitik fokussieren. Zu allgemeinpolitischen Debatten ohne direkten Hochschulbezug, wie z. B. dem Afghanistan-Einsatz, sollte die Verfasste Studierendenschaft nach Meinung zahlreicher Nutzerinnen und Nutzer der Dialogplattform nicht im Namen der Studierenden Stellung beziehen.

3.1.2. Studentenwerk – Verfasste Studierendenschaft

Um Doppelstrukturen zu vermeiden, bedarf es laut Gesetzentwurf des Einvernehmens mit dem Studentenwerk, wenn die Verfasste Studierendenschaft bereits bestehende Angebote des Studentenwerks ebenfalls zusätzlich dauerhaft anbieten möchte. Dieser Absatz im Gesetzentwurf wurde vereinzelt kritisiert, da das die Autonomie der Verfassten Studierendenschaft einschränken würde.

3.1.3. Neutralitätsgrundsatz

Der Gesetzentwurf sieht für die Verfasste Studierendenschaft ein politisches Mandat vor. Die Studierendenschaft hat dabei die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische Neutralität zu wahren. Die explizite Nennung des Neutralitätsgebots hielten einige Nutzerinnen und Nutzer für überflüssig.

3.1.4. BAföG

Diskutiert wurde über die Höhe des BAföG und über dessen Altersbegrenzung. Von einzelnen Nutzerinnen und Nutzern wurde die Hoffnung geäußert, dass eine Verfasste Studierendenschaft studentische Interessen bzgl. der BAföG-Sätze effektiv vertreten kann.

3.2. Mitgliedschaft und Organisation

3.2.1. Pflichtmitgliedschaft

Großen Raum im Diskussionsforum nahm das Thema Pflichtmitgliedschaft, inklusive der damit verbundenen Verpflichtung aller Studierenden, Beiträge zu entrichten, ein. Hierbei deuteten sich wenig Kompromissbereitschaft und verhärtete Fronten an. Es war das kontroverseste Thema auf www.wir-wollen-deinen-kopf.de. Während viele Beiträge eine Pflichtmitgliedschaft unterstützten, schlugen andere eine Verfasste Studierendenschaft mit Ausstiegsrecht („Opt-Out“) oder der Möglichkeit des freiwilligen Eintritts („Opt-In“) vor.

3.2.2. Abstimmung über Verfasste Studierendenschaft und Quorum

Viele Gastbeiträge lehnten die Einführung einer Verfassten Studierendenschaft grundsätzlich ab. Als Grund wurde unter anderem angegeben, dass die bisher geringe Wahlbeteiligung vermuten ließe, dass kein Veränderungsbedarf gewünscht sei. Diese Beiträge wurden wiederum – vor allem von den registrierten Nutzerinnen und Nutzern – vehement kritisiert. Die hitzige Diskussion über die Einführung im Allgemeinen wurde nicht zuletzt durch einen Thread des RCDS Baden-Württemberg mit dem Titel „VS einführen? Jetzt abstimmen unter www.vs-ohne-mich.de“ verstärkt.

Einige Nutzerinnen und Nutzer plädierten dafür, dass die Urabstimmung auch die Ablehnung einer Verfassten Studierendenschaft als Meinungsbild ermöglichen sollte. In diesem Zusammenhang wurde außerdem die Frage debattiert, ob und in welcher Höhe ein Quorum sinnvoll wäre. In einer eigens durchgeführten Umfrage sprach sich die Mehrheit gegen ein Quorum aus.

3.2.3. Wahlrechtsgrundsatz „gleich“

Von einigen Nutzerinnen und Nutzern der Plattform wurde bemängelt, dass die Formulierung zur Organisation der Studierendenschaft des Gesetzentwurfs Studierendenratsmodelle nicht ermöglichen würde. Ausschlaggebend sei hierfür das Wort „gleich“ in Art. 2 Nr. 17 § 65a Abs. 2. Seine Streichung wurde empfohlen.

3.2.4. Vertretung der Verfassten Studierendenschaft durch Vorsitzende

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender der Verfassten Studierendenschaft benannt wird. Im Forum wurde vorgeschlagen, dass es der Studierendenschaft überlassen bleiben sollte, ob und wie viele Vorsitzende eingerichtet werden.

3.2.5. Anhörung Landesstudierendenvertretung

Es wurde vorgeschlagen, dass die zukünftige Landesstudierendenvertretung bei Einführung oder Novellierung von Gesetzen generell angehört werden sollte, sofern Studierende betroffen sind.

3.2.6. Landesstudierendenvertretung für jede Hochschulart

Auf der Beteiligungsplattform wurde der Vorschlag geäußert, dass für jede der fünf Hochschularten eine eigene Landesstudierendenvertretung errichtet werden sollte. Im Zusammenschluss sollten diese dann die Landesstudierendenvertretung von Baden-Württemberg bilden. Begründet wurde der Vorschlag damit, dass die Hochschularten zu unterschiedlich seien, um deren Studierende nur von einem Zusammenschluss vertreten zu lassen.

3.2.7. Das Reservemodell

Der Gesetzentwurf räumt der Studierendenschaft Freiheiten bei der Wahl des Organisationsmodells ein, um Lösungen zu ermöglichen, die jeweils zu den Gegebenheiten vor Ort passen. Falls an einer Hochschule keine Einigung auf eine Satzung erzielt werden kann, tritt ein „Reservemodell“ in Kraft. Einige Beiträge kritisieren die Vorgaben für dieses Reservemodell. Insbesondere die Zahl der Mitglieder in den Organen der Studierendenschaft, die dort vorgegeben wird, sei nicht für alle Hochschulen praktikabel.

3.2.8 Bestimmung studentischer Gremienmitglieder

Diskutiert wurde, ob die studentischen Mitglieder in den Gremien der Hochschule (z.B. Senat) zukünftig durch die Organisationssatzung der Verfasste Studierendenschaft und nicht mehr zwingend durch Direktwahl bestimmt werden sollten.

3.3. Finanzen und Aufsicht

3.3.1. Grundfinanzierung der Verfassten Studierendenschaft

Debattiert wurde über die Finanzierung der Verfassten Studierendenschaft. Die dazu durchgeführte Umfrage zeigte, dass sich viele Nutzerinnen und Nutzer wünschen, dass die Verfasste Studierendenschaft – neben den Gebühren der Studierenden – auch Geld von den Hochschulen und dem Land erhalten.

3.3.2. Beauftragter für den Haushalt und Rechnungsprüfung durch fachkundige Person

Der Gesetzentwurf räumt der Studierendenschaft Beitrags- und Finanzhoheit ein. Von vielen Nutzerinnen und Nutzern der Plattform wird der in § 65b Abs. 2 vorgesehene Haushaltsbeauftragte mit der Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst kritisch gesehen. Insbesondere für kleine Hochschulen wird eine zu hohe finanzielle Belastung befürchtet.

3.3.3. Deckelung der Gebührenhöhe

Vorgeschlagen wurde, dass die Höhe der Beiträge, die von den Studierenden erhoben werden, gesetzlich gedeckelt werden sollte.

3.3.4 Entlastung durch Legislativorgan der Verfassten Studierendenschaft

In der aktuellen Fassung des Gesetzentwurfs muss der Vorstand der Hochschule den Vorstand der Verfassten Studierendenschaft für die Haushalts- und Wirtschaftsführung entlasten. Es wurde vorgeschlagen, dass statt des Vorstands der Hochschule das Legislativorgan der Verfassten Studierendenschaft die Entlastung erteilt.

3.4. Sonstige Anmerkungen

3.4.1. Teilzeitstudium prima – Studienzeiten müssen aber abgeschafft werden

Der vollständige Gesetzentwurf enthält auch Regeln, die die wissenschaftliche Weiterbildung und Studierbarkeit verbessern sollen. So sollen Teilzeitstudienangebote das Studieren in unterschiedlichen Geschwindigkeiten erlauben. Im Forum wurde vorgeschlagen, § 34 Abs. 2 LHG abzuschaffen, der den Verlust des Prüfungsanspruchs in bestimmten Fällen regelt. Es wird vorgeschlagen, die Hochschulen zu ermächtigen, in Studien- und Prüfungsordnungen Regeln zu schaffen, die den Gegebenheiten eines Teilzeitstudiums Rechnung tragen.

3.4.2. Gesetzestexte geschlechtergerecht formulieren

Ein Beitrag forderte, dass der Gesetzestext geschlechtergerecht formuliert wird.

3.4.3. Beschlagnahmtes Vermögen der Studierendenschaft

Im Forum tauchte die Frage auf, was mit dem beschlagnahmten bzw. eingefrorenen Vermögen der Studierendenschaften von 1977 passiert sei und ob dieses der neuen Studierendenschaft übergeben werden könne. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wies darauf hin, dass das Vermögen der Studierendenschaften von 1977 an die Universitäten fiel und für soziale, geistige, musische und sportliche Förderung der Studierenden zu verwenden war. Das Vermögen wurde also nicht „eingefroren“, sondern verbraucht.

3.4.4. Geschwindigkeit der Einführung

Angesichts der Vielzahl an Hochschulen im Land sollte die Einführung laut einiger Nutzerinnen und Nutzer langsam vonstattengehen, um einen durchdachten und sinnvollen Plan für den Abstimmungsmodus zu entwickeln. Auch ließen sich so mehr Studierende in den Prozess einbinden. Der aktuelle Zeitplan wurde von einigen Nutzerinnen und Nutzern als sehr knapp bewertet.

4. Presseberichterstattung

Über die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft und den begleitenden Beteiligungsprozess im Internet wurde in der Presse ausführlich berichtet.

Tabelle 2: Presseberichterstattung

21.1.2012	Badische Neueste Nachrichten: „Mehr Mitsprache oder nur mehr Bürokratie?“
24.1.2012	dpa: „Erstes Landesgesetz mit Online-Begleitung“
24.1.2012	SWR: „Erste Bürgerbeteiligung im Netz geplant“
24.1.2012	SWR-Abendschau: „Bürgerbeteiligung, aber wie?“
25.1.2012	Rhein-Neckar-Zeitung: „Theresa Bauer will mit Studenten online diskutieren“
25.1.2012	Mannheimer Morgen: „Erstes Landesgesetz mit Online-Beteiligung“
25.1.2012	Badische Zeitung: „Gesetzgebung per Internet“
28.1.2012	SWR2 Campus: „Comeback für die verfasste Studierendenschaft?“
30.1.2012	Deutsches Ärzteblatt: „Internetdiskussion zur Studierendenvvertretung in Baden-Württemberg“
17.2.2012	Stuttgarter Zeitung: „Studenten ringen um mehr Selbstbestimmung“
07.2.2012	Spiegel online „Comeback der Uni-Demokratie“
17.2.2012	Gmünder Tagespost: „Viel Kritik von Studenten“
20.2.2012	Deutschlandfunk: „Studenten dürfen wieder mitreden“
22.2.2012	Schwäbische Zeitung: „Studenten streiten über Mitsprache“
22.2.2012	Schwäbische Zeitung: „Hehres grün-rotes Ziel“
22.2.2012	taz: „Studierende lernen Mitbestimmung“
22.2.2012	taz: „Studentische Vertretungen brauchen Sitz und Stimme“
02.3.2012	StudisOnline „Neue Möglichkeiten für Studierende - Die Rückkehr der Verfassten Studierendenschaft in BaWü“
10.3.2012	Stuttgarter Zeitung: „Online-Anhörung ein voller Erfolg“
12.3.2012	Schwäbisches Tagblatt: „Online an Gesetzen mitwirken“
12.3.2012	Rhein-Neckar-Zeitung: „Gesetzesentwurf mit Studenten im Netz diskutiert. Grün-Rot probt Online-Beteiligung zu Hochschulfragen – Ministerin Bauer zieht positive Bilanz“
